

Moritz Warnke, 09.10.23

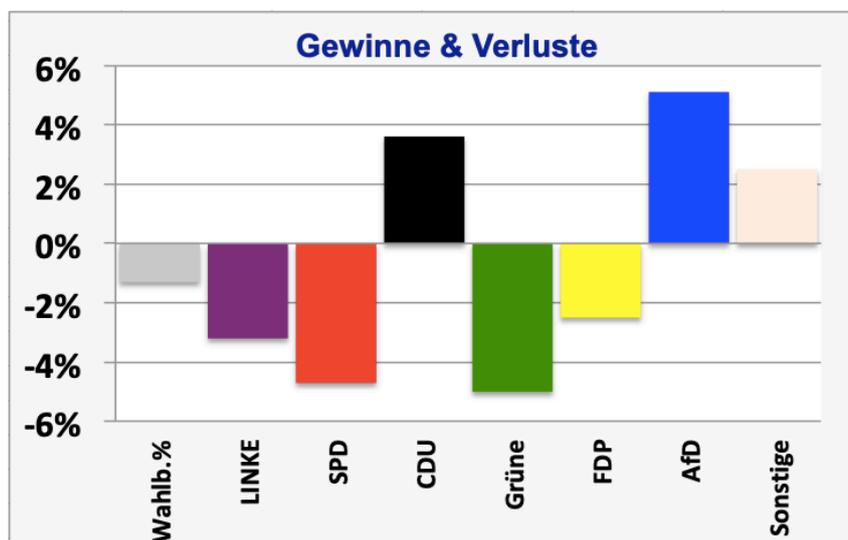
moritz.warnke@rosalux.org

Datenstand: Vorl. Endergebnis vom 9.10.23)

Die Wahl zum 21. Hessischen Landtag am 8. Oktober 2023

- Wahlnachtbericht und erste Deutungen -

Das Ergebnis in der Übersicht						
	LTW 2018		LTW 2023 (Hochr.)		Veränderung	
	Stimmen (%)	Mandate	Stimmen (%)	Mandate	Stimmen (%)	Mandate
Wähler*innen	67,3%	137	66,0%	133	-1,3%	
LINKE	6,3%	9	3,1%	0	-3,2%	-9
SPD	19,8%	29	15,1%	23	-4,7%	-6
CDU	31,0%	40	34,6%	52	3,6%	12
Grüne	19,8%	29	14,8%	22	-5,0%	-7
FDP	7,5%	11	5,0%	8	-2,5%	-3
AfD	13,1%	19	18,4%	28	-5,6%	9
Sonstige	6,5%	0	9,0%	0	2,5%	0



Inhalt

Ergebnisse und erste Deutungen	S.3
Ausgangslage und Kontext der Wahl	S.8
„Großwetterlage“	S.8
Hessische Wirtschaftsstruktur & Sozialräumliche Struktur	S.10
Qualitativer Blick auf LINKE-Ergebnisse bei früheren Wahlen	S.12
Wahlkampf, Umfrageverlauf, wichtige Themen & LINKE-Wahlkampagne	S.22
Lange Linien – Quantitativer Blick auf hessische LINKE-Ergebnisse seit 2004	S.28
Erkenntnisse aus Nachwahlbefragungen	S. 30

Bei der Landtagswahl in Hessen am 8. Oktober 2023 waren 4.311.840 Wahlberechtigte aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Die Landtagswahl in Hessen findet alle 5 Jahre statt. Der Landtag wird im Verhältniswahlrecht mit Erst- und Zweitstimme gewählt. Ohne Ausgleichs- und Überhangmandate hat der hessische Landtag 110 Mandate, mit Ausgleichs- und Überhangmandaten gehörten dem hessischen Landtag in der Legislatur 2018-2023 137 Abgeordnete an.

Ergebnisse und erste Deutungen

Die Wahlbeteiligung liegt bei 66,0% und damit leicht niedriger als 2018 (67,3%, - 1,3%).

Die CDU gewinnt die Wahl mit 34,6% und legt aus der Regierung heraus um 7,6% zu. Nachdem Hessen bis zum Wahlsieg von Roland Koch im Jahr 1999 jahrzehntelang als „rotes Stammland“ galt und bis dahin seit 1946 ununterbrochen von SPD-Ministerpräsidenten regiert wurde, ist es der CDU in den letzten 24 Jahren – von 2003 bis 2008 sogar mit absoluter Mehrheit – gelungen, die Vormachtsstellung in Hessen zu erobern und zu festigen. Die Staffelstabübergabe von Volker Bouffier zu Boris Rhein rund anderthalb Jahre vor dieser Wahl kann als erfolgreich verbucht werden, 61% der Wählenden waren der Ansicht, er habe „in kurzer Zeit gut in sein Amt hineingefunden“ (infratest dimap/ARD). Auffällig dabei war, dass – ähnlich wie in Bayern – die CDU im Wesentlichen einen Oppositionswahlkampf aus der Regierung heraus geführt hat: "Hessen muss ampelfreie Zone bleiben", war der zentrale Satz von Boris Rhein bei seinen Wahlkampfauftritten. Das sagt etwas über den programmatischen Anspruch der (hessischen) CDU, und noch mehr über die Beliebtheit der aktuellen Bundesregierung. Mehr als zwei Drittel (69%, infratest dimap/ARD) der hessischen Wählenden sind mit der Bundesregierung unzufrieden, nur 28% sind mit ihr zufrieden. Gleichwohl ist nur etwa ein Drittel (34%, infratest dimap/ARD) der Meinung, dass eine unionsgeführte Bundesregierung eine bessere Arbeit machen würde, lediglich 17% sind der Ansicht, dass Friedrich Merz ein guter Bundeskanzler wäre, auch unter den CDU-Wählenden sind es weniger als ein Drittel (32% infratest dimap/ARD).

Die SPD erlebt mit 15,1% (-4,7%) das schlechteste Landtagswahlergebnis in Hessen in ihrer Geschichte und ist nur noch drittstärkste Kraft. Bereits vorher galt: bei vier der letzten fünf vorherigen Landtagswahlen gab es die vier historisch schlechtesten Wahlergebnisse für die Hessen-SPD (2003: 29,1%, 2009: 23,7%, 2013: 30,7%, 2018: 19,8%). Damit ist die Verschiebung der Kräfteverhältnisse in Hessen Ausdruck einer strukturellen Schwäche der (hessischen) Sozialdemokratie, die ihre Ursachen nicht in konkreten Wahlkampf-Verläufen, sondern in strukturellen Verschiebungen im Wahlverhalten hat. Dass der Wahlkampf mit Spitzenkandidatin Faeser nie richtig in Schwung kam und von Pannen geprägt war, kommt dann noch oben drauf: Im

Wahlprogramm schrieb man, dass Nicht-EU-Ausländer nach 6 Monaten in Deutschland das Wahlrecht bekommen sollten, meinte aber 6 Jahre, Faeser meldete sich zur Debatte im Bundestag krank, gab jedoch zeitgleich ein dpa-Interview in Hessen und eine Video gegen die CDU musste man kleinlaut zurückziehen, wegen schlechtem Stil. Der Spitzenkandidatin ist es weder gelungen, sich von ihren Problemen als Bundesministerin zu befreien (z.B. Schönbohm-Versetzung) noch für Aufbruchsstimmung in Hessen zu sorgen. Der harte Kurs in der Migrationspolitik dürfte umgekehrt eher zu einer Demobilisierung eines Teils des progressiven SPD-Milieus geführt haben. Stellvertretend hierfür steht der Austritt der früheren Landesvorsitzenden und Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti im Juni diesen Jahres unter Verweis auf den eingeschlagenen Kurs von Asylrechtsverschärfungen von Faeser, 2 Tage vor der dem Wahltermin erklärte Ypsilanti öffentlich bei dieser Wahl DIE LINKEN zu wählen. Mit Ypsilanti als Spitzenkandidatin erreichte die SPD 2008 noch 36,7% der Stimmen (+7,6%), trotz damals neuer Konkurrenz von links durch DIE LINKE, die damals erstmals in den Landtag einzog. Seither hat sich die Hessen-SPD im Wählerzuspruch in etwa halbiert.

Von der Bundesebene gibt es keinen Rückenwind: Nur etwa ein Drittel (32%) der hessischen Wählenden sind der Meinung, dass Olaf Scholz einen guten Job als Bundeskanzler macht (infratest dimap/ARD), immerhin drei Viertel derjenigen, die in Hessen die SPD gewählt haben, sind dieser Ansicht (73% infratest dimap/ARD).

Die Grünen erreichen mit 14,8% einerseits ihr historisch zweitbestes Ergebnis in Hessen, haben aber andererseits mit satten -5,0% die größten Verluste des Wahlabends. Tarek Al-Wazir wurde dieses Mal als Ministerpräsidenten-Kandidat ins Rennen geschickt. Inhaltlich war die Grünen-Kampagne betont konservativ („Etwas verändern, damit es bleibt, wie es ist.“, „Öko. Wie in Ökonomie“). Zur Wahlkampfunterstützung holte man sich u.a. den konservativ-grünen „Landesvater“ aus Baden-Württemberg Winfried Kretschmann.

Wie schon bei der Bremenwahl bricht die Kompetenzzuschreibung beim Thema Klima- und Umweltpolitik ein: der Wert beträgt nur noch 36% (-39%) (infratest dimap/ARD, Bremen: 37% (-24%)). Die Debatte zum Heizungsgesetz scheint den Grünen hier nachhaltig geschadet zu haben. 73% der Grüne-Wählenden sind der Ansicht, dass die Grünen in der Bundesregierung zu vielen Kompromissen zustimmen (infratest dimap/ARD).

DIE LINKE scheitert mit 3,1% an der 5%-Sperrklausel (-3,2%). Die Wahl kann damit als doppelte Zäsur begriffen werden. Die Partei ist nun in keinem westdeutschen Flächenland mehr im Landtag vertreten und dies war wohl die letzte Wahl mit der öffentlich dominierenden und lähmenden Frage, ob Sahra Wagenknecht nun eine eigene Partei gründet oder nicht. Während es in Hessen bei 4 Landtagswahlen in Folge für knapp über 5% gereicht hatte (2008: 5,1%, 2009: 5,4%, 2013: 5,2%, 2018: 6,3%) ist das Ergebnis eine bittere Niederlage für die Partei. Sie speist sich aus einem Mix aus der bundespolitischen Lage in Folge des Konflikts um Sahra

Wagenknecht, dem Verlust von Janine Wissler als prominenter Fraktionsführerin und einer gesellschaftlichen Rechtsentwicklung, der die gesellschaftliche wie parteiförmige Linke aktuell wenig entgegen zu setzen hat. Der „LINKE-me too“-Skandal, der insbesondere die hessische Linke vor gut anderthalb Jahren in die Schlagzeilen brachte, spielte laut den Rückmeldungen von Wahlkämpfenden dagegen kaum mehr eine Rolle.

Dass es gelang, für Platz 7 der Landesliste mit Barbara Schlemmer die eigentlich bei den Grünen beheimatete Sprecherin der Bürgerinitiative gegen den Ausbau der A49 zu gewinnen, zeugt ebenso von dem Respekt, den man sich über die 15 Jahre im Landtag erarbeitet hat, wie auch die indirekten Wahlaufufe der ehemaligen Landesvorsitzenden der SPD, Andrea Ypsilanti und von Hans-Jürgen Urban als Vorstandsmitglied der IG-Metall, wie auch der Wahlaufuf „aktiver Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter“¹ oder ein weiterer Wahlaufuf², den u.a. die Frankfurter Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız unterzeichnete, die als Nebenklägerin in den NSU-Prozessen bekannt wurde, weil sie Morddrohungen erhielt, die mit „NSW 2.0“ unterzeichnet waren und die Daten aus Computern der hessischen Polizei enthielten. Geholfen hat es alles nichts, es wird in der nächsten Legislatur keine LINKE im hessischen Landtag geben.

Wenn auch nie Teil der Regierung, so konnte die Partei in den 15 Jahren im hessischen Landtag einen realen Gebrauchswert unter Beweis stellen, etwa 2008 mit der Abschaffung der Studiengebühren, der organisatorischen Unterstützung der Blockupy-Proteste und zahlreicher lokaler Initiativen etwa beim Protest gegen den Ausbau der A49 oder im Kampf gegen Rechts, der Produktion von Publikationen wie dem Rüstungsatlas zur hessischen Rüstungsindustrie³ oder einem Rechtsgutachten zur Vergesellschaftung des Uniklinikums Gießen/Marburg⁴ oder der Aufklärungsarbeit in Sachen NSU, die ohne DIE LINKE anders und schlechter verlaufen wäre.

Die FDP zittert sich mit 5,0% in den Landtag (-2,5%) – anders als in Bayern, wo sie klar rausfliegt. Trotz des knappen Einzugs bleibt für die FDP, dass sie damit bei vier von sieben Landtagswahlen seit der Bundestagswahl 2021 an der 5%-Hürde gescheitert ist (Bayern, Berlin, Niedersachsen und Saarland) und in Hessen nur mit zwei blauen Augen davon kam. Das wird den Druck auf die Ampel weiter erhöhen: 46% der hessischen FDP-Wählenden sind der Ansicht, dass die FDP zu viele Kompromisse in der Ampel eingeht (infratest dimap/ARD). 53% stimmen der Aussage zu „Finde es gut, dass sie in der Klimapolitik den Grünen etwas entgegen setzt“. Lindner scheint in einem Dilemma: nach der Bundestagswahl 2021 versuchte die FDP sich durch die „Fortschrittskoalition“ und einer kulturellen Modernisierung zu profilieren und scheiterte damit bei Landtagswahlen, als Konsequenz wurde der

¹ <https://gleft.de/5ny>

² <https://gleft.de/5nz>

³ <https://gleft.de/5nM>

⁴ <https://gleft.de/5nN>

aktuellen Kurs mit dem Dauerstreit-Modus in der Ampel eingeschlagen, der mittlerweile auch als gescheitert gelten darf. Klar ist in jedem Fall, dass Parteichef Lindner unter Druck steht: Von den 11,5% bei der Bundestagswahl '21 ist man derzeit deutlich entfernt. In der jüngsten Forsa-Umfrage vom 2.10.23 steht die Partei bundesweit nur noch bei 5%. Jeder zweite hessische FDP-Wählende ist der Meinung, dass die Partei in der Bundesregierung „nicht hält, was sie im Wahlkampf versprochen hat“ (50%, infratest dimap/ARD).

Die AfD erreicht in dem Bundesland, in dem sie vor 10 Jahren gegründet wurde mit 18,4% ihr bisher stärkstes Ergebnis in einem West-Bundesland (+5,3%) und ist als zweitstärkste Kraft künftig Oppositionsführerin. Eine der prägenden Figuren der hessischen AfD ist Andreas Lichert (AfD-Landesvorsitzender und stellvertretender Fraktionsvorsitzender), der sich vor Gericht erfolglos dagegen wehrte als „stolzes Mitglied“ der Identitären Bewegung bezeichnet zu werden und innerhalb der Partei Mitglied des „Flügels“ war, bevor dieser offiziell aufgelöst wurde. Das ändert nichts daran, dass mittlerweile 38% der AfD-Wählenden angeben, die Partei aus Überzeugung zu wählen (infratest dimap/ARD).

Die Freien Wähler erhalten 3,5% (+0,5%). Die so genannte Flugblatt-Affäre hat der Partei wie auch in Bayern nicht geschadet, sondern genützt. Die Freien Wähler haben aktuell den größten „Protest-Partei“-Faktor, nur 24% der sie Wählenden tun dies aus Überzeugung (infratest dimap/ARD).

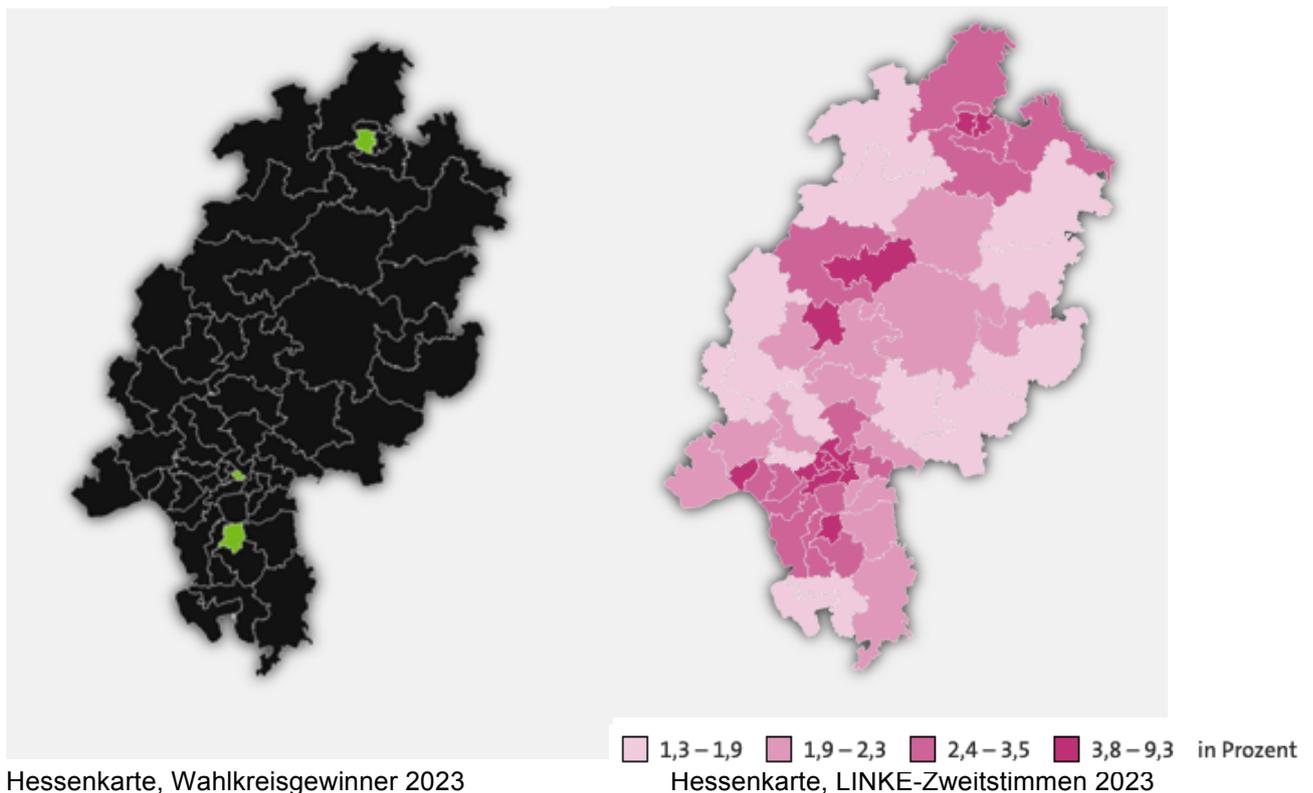
Sonstige Parteien erhalten insgesamt 5,5%, davon entfallen auf die Tierschutzpartei 1,5%, Volt 1,0%, DIE PARTEI 0,8% und Die Basis 0,5%.

Mögliche Koalitionen: Die CDU wird weiterhin den Ministerpräsidenten stellen, entweder in einer fortgesetzten schwarz-grünen Koalition oder alternativ in einer schwarz-roten Koalition mit der SPD. Nach den Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen hat schwarz-grün bei den Wählenden leicht die Nase vorn (36% FGW/ZDF, schwarz-rot: 29%), bei infratest dimap ist es umgekehrt (45% für schwarz-rot, 36% für schwarz-grün, infratest dimap/ARD).

Die bundespolitische Bedeutung der Wahl: Die Wahlen in Hessen und Bayern zur Halbzeit der Amtszeit der Bundesregierung werden als ein weiterer (negativer) Stimmungstest für die Bundesregierung besprochen. Wie bereits 2018 ist jeder zweite Wählende der Meinung, die Landtagswahl sei eine „gute Gelegenheit, der Bundesregierung einen Denkkzettel zu verpassen“ (51% infratest dimap, 2018: 50%). Damals war die Hessenwahl der Anfang vom Ende der Merkel-Ära. Heute verlieren die Ampel-Parteien in Summe 12,2% (SPD -4,7%, Grüne -5,0%, FDP -2,5%). Darüber hinaus ist Nancy Faeser als Ministerin politisch geschwächt. Das gute Ergebnis der CDU dürfte dem Bundesvorsitzenden höchstens indirekt nützen – war man in Hessen doch während des Wahlkampfes um Abgrenzung gegenüber dem

Merz-Kurs bemüht, weil man als Teil der schwarz-grünen Koalition eben nicht die Grünen zum Hauptfeind zum Ziel hatte (sehr wohl aber die Ampel als willkommenes Feindbild nutzte). Bei der LINKEN dürfte der Teil, der über eine Parteineugründung nachdenkt, das Wahlergebnis für seine Zwecke nutzen und die Diskussion über ein neues Projekt weiter befeuern.

Das medial breit rezipierte Thema der Asylpolitik wird wohl durch eine von Union, SPD, Grünen und FDP getragene, weitere Einschränkung des Asylrechts nach Vorbild der 1990er Jahre („Asylkompromiss“) beantwortet werden.



Ein Blick auf den Anteil der 10 größten Städte⁵ an den Wahlberechtigten und am LINKE-Ergebnis 2013, 2018 und 2023:

Wahl	W-Berechtigte	Anteil 10 Städte an W-Berechtigten	LINKE Hessenweit	Anteil LINKE Hessenweit	LINKE 10 Städte	Anteil an LINKE-Stimmen
2013	4.392.213	26,5%	161.488	5,2%	57.684	35,7%
2018	4372.788	25,7%	181.332	6,3%	73.932	40,8%
2023	4.331.942	25,5%	86.821	3,1%	43.470	50,1%

⁵ Frankfurt, Wiesbaden, Kassel, Darmstadt, Offenbach, Gießen, Hanau, Marburg, Fulda und Rüsselsheim.

Ausgangslage und Kontext der Wahl⁶

Politische „Großwetterlage“: Im Herbst 2023 überlagern und kreuzen sich ökologische, ökonomische und politische Krisentendenzen und artikulieren sich als Vielfachkrise – mit Auswirkungen auf die Stimmungslage in der Bevölkerung. Dieser Sommer war global der wärmste, der September mit Abstand der heißeste und sonnenreichste in Deutschland seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1881. Gleichzeitig versagen die bürgerlichen Eliten im Design einer ökologischen Modernisierungspolitik, die die Transformationskosten gerecht verteilt und individuelle und kollektive Lebensperspektiven bietet, die als annehmbar und fair empfunden werden.

Das deutsche Wirtschaftsmodell gerät mittelfristig unter Druck, weil die strukturelle Wirtschaftskrise (u.a. Immobilienkrise) in China ein großes Fragezeichen hinter die zukünftige Nachfrage nach deutschem Maschinenbau setzt. Es ist fraglich, ob die hiesige Autoindustrie als einer zentralen Säule der deutschen Wirtschaft langfristig ihren Rückstand in der E-Mobilität gegenüber ihren internationalen Konkurrenten aufholen kann. Hinzu kommt, dass die Folgekosten der Re-Konfiguration der deutschen Wirtschaft nach dem Wegfall der billigen Energie aus Russland noch deutlich spürbar sind: die deutsche Industrie ruft nach einem Industriestrompreis auf Kosten der Allgemeinheit, während für Beschäftigte so langsam die Wirkung der Einmalzahlungen verebbt und unter dem Strich Reallohnverluste bleiben. Die EZB kämpft weiterhin mit hohen Zinsen gegen eine Inflation, die teils auf den energiebedingten Preisschock zurückzuführen ist, teils aber auch auf höhere Gewinne von Unternehmen beruhen, die die Gunst der Stunde geschickt für eine „Gewinnflation“⁷ nutzten. Die Zinserhöhungen stoppen den Immobilienboom und lassen die Baubranche einbrechen – obwohl bezahlbarer Wohnraum fehlt und die Zahl des preisgebundenen Wohnraums weiterhin jedes Jahr sinkt. Die Ökonomin Veronika Grimm erklärte als Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Bevölkerung müsse sich angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung „auf Härten einstellen“.

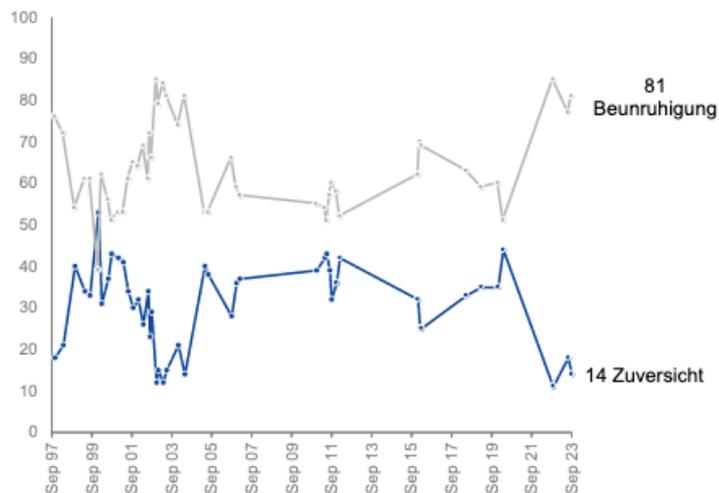
Diese Gemengelage wird einerseits durch einen in Teilen skurril anmutenden Diskurs über die Migrationspolitik überlagert, spiegelt sich aber dennoch in einer von Unsicherheit geprägten Stimmungslage in der Bevölkerung wider. Der Deutschland-Trend vom September 2023 zeigt, dass sich die Unsicherheit mit 81% weiterhin auf dem hohen Niveau aus dem Herbst 2022 (85%) mit der damals drohenden Energiekrise befindet. So hohe Werte gab es vor dem Herbst 2022 zuletzt 2003 mit enorm hoher Arbeitslosigkeit, die damals mit den Hartz-Reformen und verschiedenen

⁶ Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat im August 2023 eine ausführliche Vorwahlenanalyse „Landtagswahl in Hessen“ von Dirk Farke in der Analysereihe #Ländersache publiziert, die einen ausführlichen Überblick über die Wahlprogramme und weiteres gibt:

<https://gleft.de/5of>

⁷ „'Gewinnflation' in vier Wirtschaftsbereichen treibt Teuerung in Deutschland erheblich“, online: <https://gleft.de/5n6>

Rentenreformen mit einem Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme beantwortet wurde.



Quelle: infratest dimap / ARD, DeutschlandTrend vom 29.09.23, online: <https://gleft.de/5nO>, Antwort auf die Frage: „Finden Sie, dass die Verhältnisse derzeit in Deutschland eher Anlass zur Zuversicht oder eher Anlass zur Beunruhigung geben?“

Neben der Klima- und Wirtschaftskrise erleben wir zudem eine Krise der Demokratie. Die neue Mitte-Studie kommt zum Ergebnis, dass mittlerweile 8,3% der deutschen Bevölkerung klar rechtsextreme Einstellungen aufweisen (in den Vorjahren lag dieser Wert bei 2-3%), 6,6% befürworten eine Diktatur mit einer einzigen Partei und einem starken Führer.⁸ Nach einer Allensbach-Umfrage⁹ aus August 2023 halten 20% die AfD für eine „normale Partei“, weitere 9% sind zu der Frage unentschieden. 42% halten die Einschätzung, dass die AfD eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie sei für „übertrieben“. Das bundesweite Wählerpotential (22%) schöpft die Partei aktuell voll aus, in der gleichen Allensbach-Umfrage gaben 19% an, sie würden die AfD zu wählen, falls am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Das marktforschungsorientierte Rheingold-Institut identifiziert gleichzeitig einen Trend des Rückzugs ins Private¹⁰: 59% der Befragten fühlen sich von den Krisenlagen der Gegenwart überfordert, 68% ziehen sich der Studie zufolge mehr zurück ins Private, knapp jeder Dritte (31%) gibt an, die Konzentration auf das eigene Leben sei wichtiger als Politik und Nachrichten.

In dieser insgesamt gesellschaftlich volatilen Situation setzt die Ampel-Bundesregierung eigene Prioritäten: statt einer langfristigen Investitionsstrategie geht es um kurzfristig wirksame Haushaltskürzungen in nahezu allen Bereichen, von der Weiterbildung für junge arbeitslose Jugendliche über Integrationsmaßnahmen bis hin

⁸ „Die distanzierte Mitte.Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23“, Friedrich-Ebert-Stiftung, online: <https://gleft.de/5nP>

⁹ <https://gleft.de/5nQ>

¹⁰ „Deutschland auf der Flucht vor der Wirklichkeit“, Rheingold-Institut, online: <https://gleft.de/5nT>

zur politischen Bildung. Führende Ökonomen sprechen mit Blick auf den Haushalt der Bundesregierung von „Realitätsverweigerung“¹¹. Lediglich der Haushalt des Verteidigungsministeriums bleibt von den Kürzungen ausgenommen, obendrauf kommt das 100-Milliarden-Sondervermögen für Aufrüstung. Gleichzeitig werden durch Steuererleichterungen für Unternehmen mit dem „Wachstumschancengesetz“ die Staatseinnahmen verringert, teils auf Kosten der ohnehin unter ihren Aufgaben ächzenden Kommunen, deren infrastrukturelle Möglichkeiten damit weiter eingeschränkt werden.

Angesichts dieser Entwicklungen muss man sich über den bundespolitischen Diskurs wundern. In der Allensbach-Umfrage aus August 2023 werden als drängendste Probleme im Land in dieser Reihenfolge genannt: Preissteigerungen/Inflation (78%), Ukraine-Krieg (72%), „Situation in Europa und der Welt wird immer unberechenbarer“ (61%), „Dass immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen“ (56%), „Dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte“ (54%), Klimawandel (53%), „Dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich größer werden“ (52%), „Dass Gewalt und Kriminalität zunehmen“ (51%).

Der Rheindold-Studie nach waren die 5 Top-Themen, über die sich gesorgt wurde Inflation (51%), Altersarmut (46%), Klimawandel (43%), bezahlbarer Wohnraum (41%) und Energiekrise (41%).

Die gesellschaftliche Debatte driftet nach rechts, die gesellschaftliche wie parteiförmige Linke befindet sich in der Defensive. Große Bündnisse der gesellschaftlichen Linken wie „unteilbar“ haben sich aufgelöst, es sind keine größeren, verbindenden Projekte oder Mobilisierungsevents in Sicht. Die Parteiförmige Linke in Form der Partei DIE LINKE wurde in eine Situation manövriert, in der die Presseberichtserstattung zu aller erst und häufig ausschließlich um die Frage kreist, ob, wann und wie Sahra Wagenknecht aus der Partei heraus ein Konkurrenzprojekt gründet. Ein Zustand, in dem keine Partei auf Dauer – unabhängig welcher Ausrichtung und der konkreten Politikvorschläge – bei Wahlen erfolgreich sein kann.

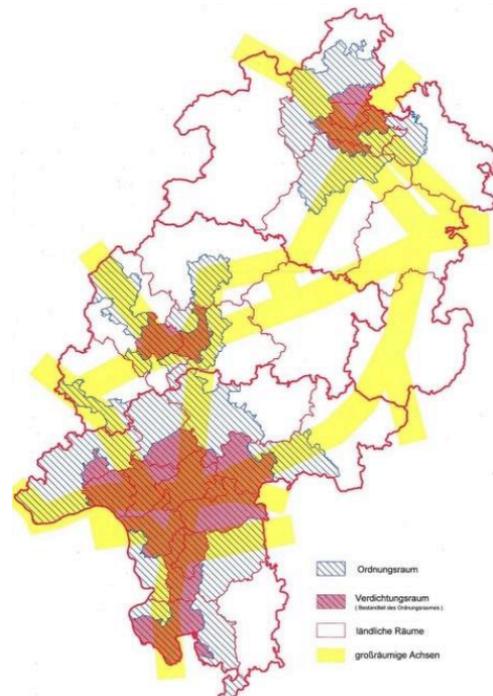
Hessische Wirtschaftsstruktur: Das Land ist eines der wenigen Bundesländer, das seit Bestehen des Länderfinanzausgleichs immer Nettozahler war. Bei der Höhe des BIP steht es mit 323,4 Mrd. Euro nach NRW (793,8 Mrd.), Bayern (716,8 Mrd.), Baden-Württemberg (572,8 Mrd.) und Niedersachsen (339,4 Mrd.) im Bundesländervergleich an fünfter Stelle. Das Bundesland gliedert sich in einen reicheren Süden, dessen Wirtschaftsstruktur stark vom Finanzplatz Frankfurt, dem Frankfurter Flughafen sowie klassischer Industrie (z.B. Rüsselsheim) geprägt ist. Im Main-Taunus-Kreis im Frankfurter Umland leben bundesweit die meisten Millionäre

¹¹ „Realitätsverweigerung bei den Haushaltsverhandlungen in Berlin“, Prof. Dullien, Merkur, 30.09.23, online: <https://gleft.de/5n3>

(auf 360 Einwohner kommt ein Millionär).¹² Im vergleichsweise ärmeren Norden zählen Standorte der Automobilindustrie (z.B. VW in Baunatal/Kassel) und die Rüstungsindustrie (Rheinmetall in Kassel) zu den größeren Industriebetrieben, in Marburg ist neben der Universität der Pharmastandort von Biontech von wirtschaftlicher Bedeutung. Die Arbeitslosenquote lag 2022 mit 4,8% unter dem Bundesdurchschnitt von 5,3%, auch die Anzahl der Privatinsolvenzen pro 100.000 Einwohnern lag mit 113 knapp unter dem Bundesdurchschnitt (116). Die Armutsgefährdungsquote lag 2022 mit 17,7% leicht über dem bundesdeutschen Durchschnitt (16,7%), für Kinder und Jugendliche („Kinderarmut“) lag der Wert sogar bei 23,4% (Bundesdurchschnitt: 21,6%).

Die schwarz-grüne Koalition regiert in in Hessen seit 2014, zunächst mit Volker Bouffier und seit 2022 mit Boris Rhein (beide CDU) als Ministerpräsident. Für viele überraschend gelang es dem wegen seiner harten Law-And-Order-Politik früher als „schwarzer Sheriff“ bekannten Bouffier und dem machtbewussten „Oberrealo“ Al-Wazir die Koalition weitgehend geräuschlos durch den Regierungsalltag zu steuern. Dieser Modus wurde auch unter Rhein beibehalten. Die vorhandene Kritik von links an den Grünen, etwa dass sie um des Friedens in der Koalition brisante Akten zum NSU für 120 Jahre unter Verschluss halten wollten oder dem Ausbau der A49 zustimmten, schadete ihnen in der Wählerschaft kaum.

Sozialräumliche Struktur in Hessen: Mehr als die Hälfte der Fläche in Hessen entfällt auf ländliche Räume (auf der Karte in weiß). Neben dem Rhein-Main-Gebiet im Süden, gibt es noch Kassel im Norden und dazwischen Gießen/Marburg als Zentren („Verdichtungs bzw. Ordnungsräume“).

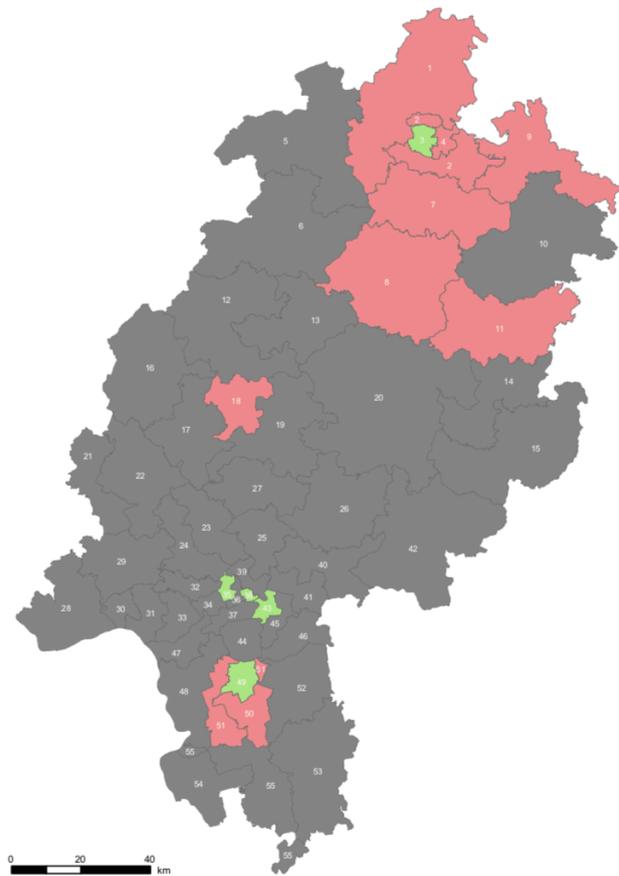


Quelle: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Stand 2013, online: <https://gleft.de/5nS>

¹² vgl. „Es ist nicht München: Wo in Deutschland die meisten Millionäre leben“, Focus 2019, online: <https://gleft.de/5nw>

Die Landtagswahl 2018 war eine Niederlage für die beiden „Volksparteien“ CDU und SPD. Die CDU (-11,3%) verlor damals erheblich an die AfD (+9,0%), womit der Anfang der Ära Merkel eingeläutet wurde, während die SPD (-10,9%) erheblich innerhalb des linken Lagers verlor (Grüne +8,7%, DIE LINKE +1,1%). Den Grünen gelang es sogar in einzelnen Wahlkreisen stärkste Kraft zu werden.

Hessenkarte,
Wahlkreissieger 2018
Quelle: Hessisches Statistisches
Landesamt

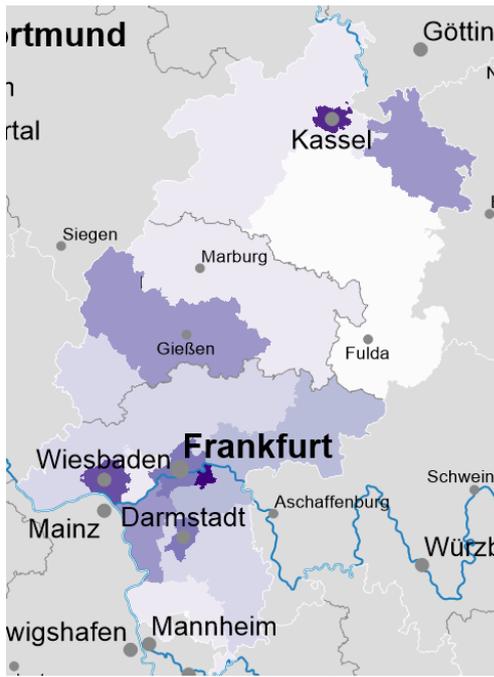


Das Wahlergebnis der LINKEN. Hessen bei der Landtagswahl 2018

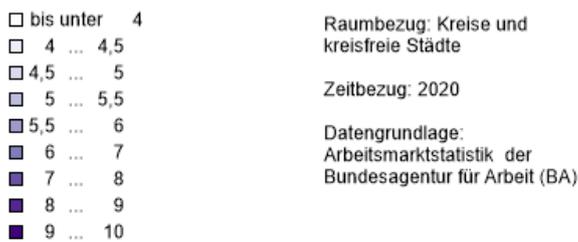
lag bei 181.332 Zweitstimmen (6,3%), was einem Zuwachs von 19.844 Zweitstimmen entsprach (+1,1%). Betrachtet man nur die zehn größten

Städte in Hessen (Frankfurt, Wiesbaden, Kassel, Offenbach, Darmstadt, Hanau, Marburg, Gießen, Fulda, Rüsselsheim) so ist zunächst festzuhalten, dass in diesen zehn Städten 26,9% der Wahlberechtigten wohnen, DIE LINKE hier allerdings 40,8% ihrer Stimmen erhielt (insgesamt 73.932). Bei der Wahl 2013 waren es 35,7% der landesweiten LINKE-Stimmen (57.684). Das bedeutet, dass der Zuwachs auf Landesebene von insgesamt 19.844 Zweitstimmen (+1,1%) mit 16.248 Zweitstimmen (+0,9%) nahezu komplett in diesen zehn Städten erzielt wurde. Allein auf die sechs Städte Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden, Marburg, Kassel und Gießen entfällt ein Mehr von 15.857 Zweitstimmen (+0,87%). Im Klartext: Dass DIE LINKE. Hessen 2018 nicht wieder ganz knapp über 5% einlief, hatte sie vor allem den Zuwächsen in den Städten Frankfurt (+5.961), Darmstadt (+2.854), Wiesbaden (+2.692), Marburg (+2.150), Kassel (+1.181) und Gießen (+1.019) zu verdanken.

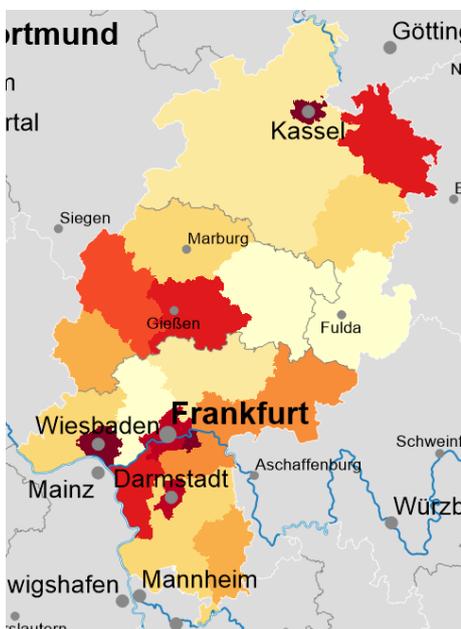
Das Wahlergebnis der LINKEN. Hessen bei der Bundestagswahl 2021 war mit 4,3% bereits unter der 5% Hürde. Schaut man sich die Wahlergebnisse etwas genauer an, so findet sich kein Beleg für die These, dass dies vor allem daran liege, dass die Partei „ihr Kernklientel“, also die unteren Einkommensschichten aus dem Blick verloren habe. Im Gegenteil wird die Partei tendenziell stärker in den Kreisen gewählt, in denen es höhere Armutsindikatoren gibt.



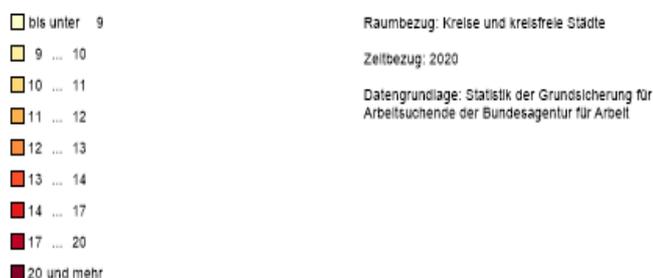
Anteil der Arbeitslosen an den zivilen Erwerbepersonen in %



Anteil der Zweitstimmen Die Linke an den Zweitstimmen in %



Nicht erwerbsfähige SGBII-Leistungsberechtigte unter 15 Jahren je 100 Einwohner unter 15 Jahren



Links oben: Arbeitslosenquote (2020)

Rechts oben: LINKE-Wahlergebnisse (2021)

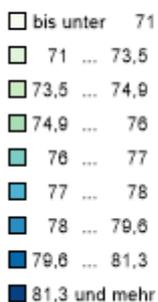
Links unten: Anteil an Kindern unter 15 Jahren im SGBII-Bezug (als Indikator für Kinderarmut; 2020).

Quellen: INKAR, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, online: <https://gleft.de/5nU>

Das erkennbare Muster ist, dass in den Kreisen mit einer besonders hohen Arbeitslosenquote und besonders hoher Kinderarmut auch die LINKE-Wahlergebnisse stärker sind.



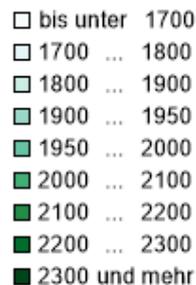
Anteil aller Zweitstimmen (gültig und ungültig) an den Wahlberechtigten in %



Raumbezug: Kreise und kreisfreie Städte
 Zeitbezug: 2021
 Datengrundlage: Allgemeine Bundestagswahlstatistik des Bundes und der Länder



Durchschnittliches Haushaltseinkommen in € je Einwohner



Raumbezug: Kreise und kreisfreie Städte
 Zeitbezug: 2019
 Datengrundlage: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

Links: Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2021

Rechts: Durchschnittliches Haushaltseinkommen je Einwohner

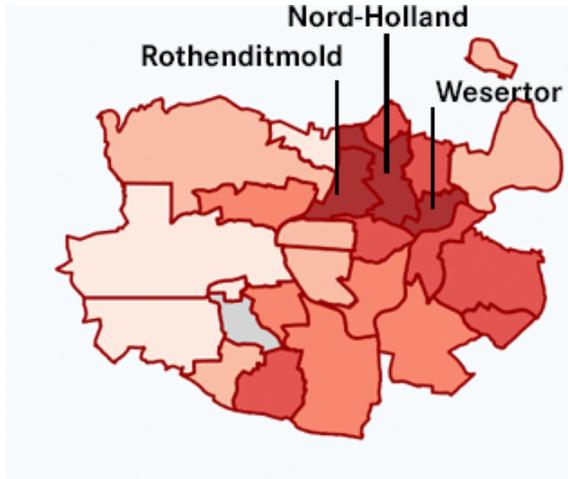
Quellen: INKAR, Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung, online: <https://gleft.de/5nU>

Ergänzend lässt sich aus diesen Karten ein Muster erkennen, nach dem dort, wo das Haushaltseinkommen höher ist, auch eine höhere Wahlbeteiligung vorliegt.

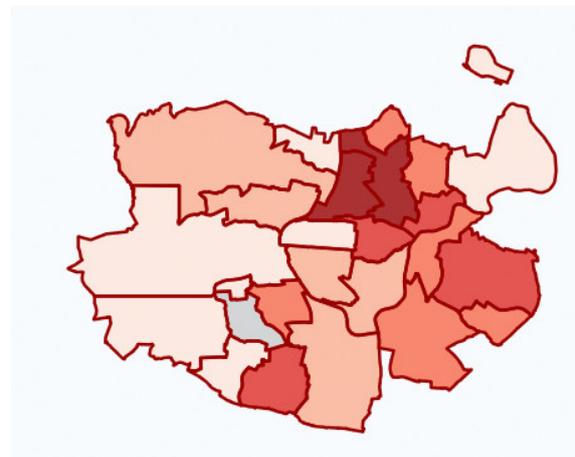
Aus dem Muster bezüglich der LINKEN-Stimmen, dass diese in den Kreisen höher sind, in denen auch die Arbeitslosenquote und die Kinderarmut höher sind, kann zunächst nicht automatisch geschlossen werden, dass DIE LINKE auch tatsächlich von den ärmeren Teilen der Bevölkerung gewählt werden. Denn in den Städten oder städtischen Regionen wohnt nicht nur die Armut, sondern es gibt eben auch Stadtteile mit einer wohlhabenderen Bevölkerungsstruktur. Es könnte also auch sein, dass DIE LINKE in den Städten in eher in den wohlhabenderen Stadtteilen gewählt wird. Daher sollen nachfolgend für die Städte Kassel, Offenbach, Wiesbaden und Frankfurt für unterschiedliche Wahlen noch einmal exemplarisch näher betrachtet und besonders gut situierte, sowie besonders von Armutsindikatoren geprägte Stadtteile verglichen werden.

Die Wahlergebnisse der LINKEN. Kassel bei der Oberbürgermeisterwahl 2023

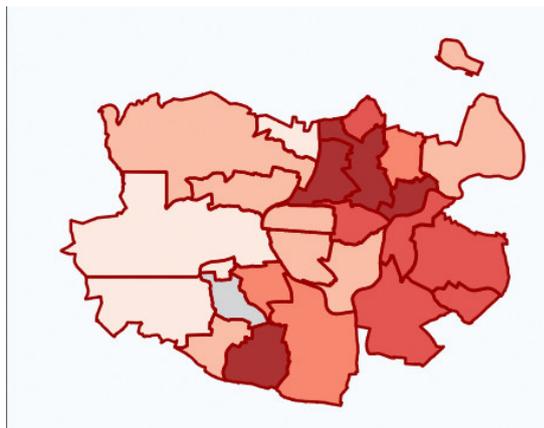
zeigen, dass die These für Kassel nicht stimmt. Im Gegenteil zeigt sich klar, dass DIE LINKE besonders stark in Stadtteilen gewählt wird, in denen es hohe Armutsindikatoren gibt.



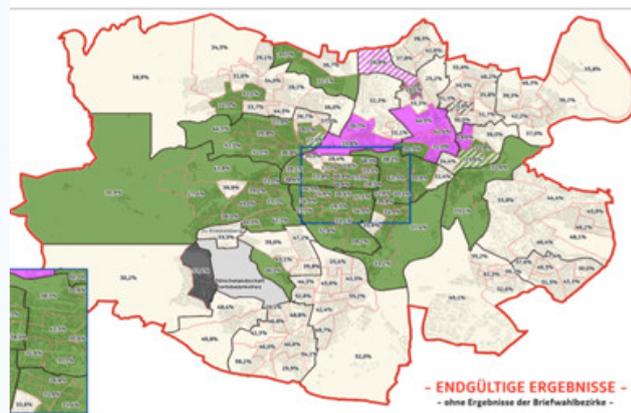
Arbeitslosenquote in Kassel nach Stadtteilen



SGBII-Beziehende unter 18 Jahren (Kinderarmut)



Ausländeranteil in Kassel nach Stadtteilen



LINKE-Wahlergebnisse OB-Wahl 2023 (V. Bock)

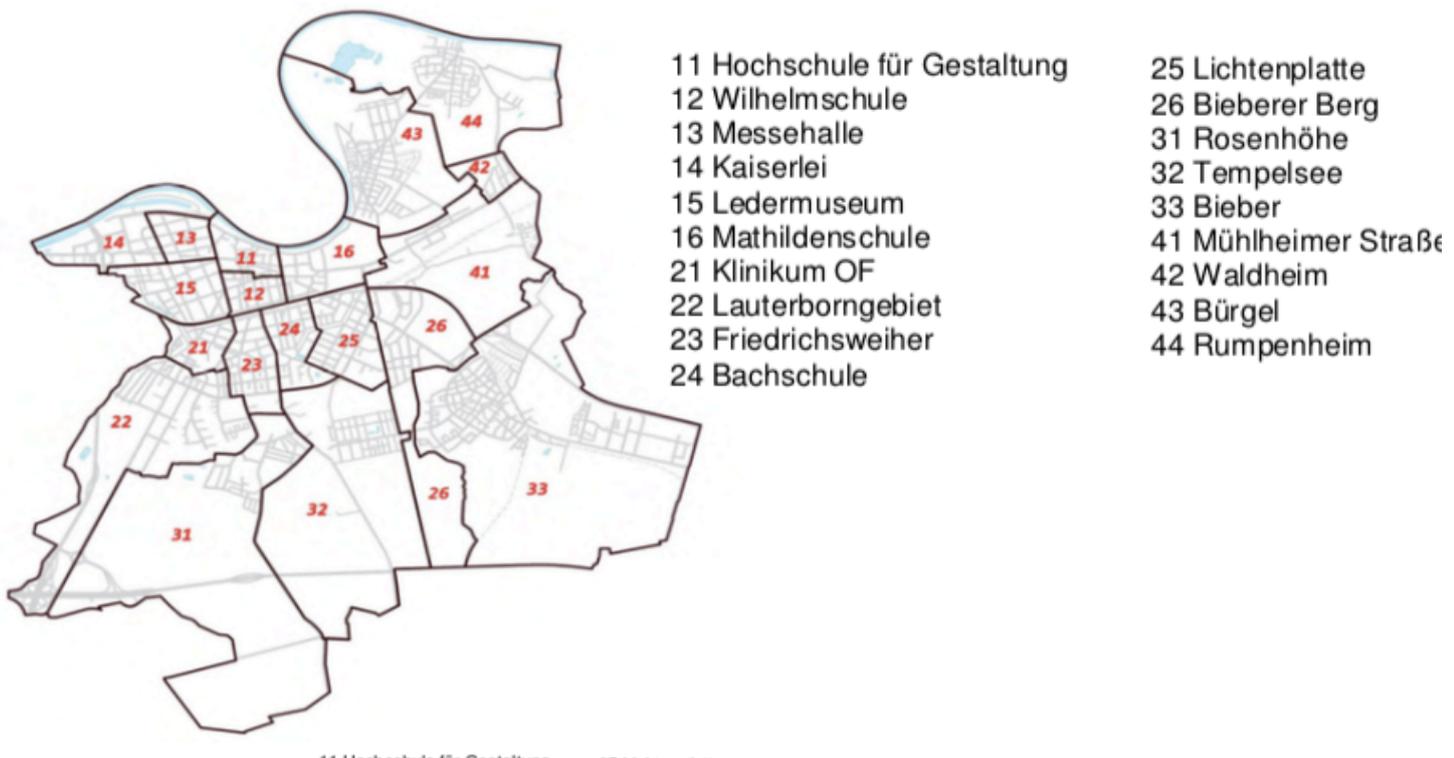
Quellen: Statistik-Atlas Kassel, Sozial-Daten: 2021, online: <https://gleft.de/5o4>

Die drei Stadtteile mit der höchsten Arbeitslosenquote, dem höchsten Anteil an Kindern im SGBII-Bezug und dem höchsten Ausländeranteil sind Rothenditmold, Nord-Holland und Wesertor.

Die drei Stadtteile mit der niedrigsten Arbeitslosenquote, dem geringsten Anteil an Kindern im SGBII-Bezug und dem geringsten Ausländeranteil sind Bad Wilhelmshöhe, Brasselsberg und Jungfernkopf.

Stadtteil	Arbeitslosenquote	Anteil SGBII-Bezug U18-Jährige	Ausländeranteil	%- LINKE OB-Wahl 2023
Rothenditmold	16,6%	43,1%	41,7%	22,5%
Nord-Holland	16,1%	54,0%	48,8%	28,2%
Wesertor	15,5%	39,9%	39,6%	20,3%
Bad-Wilhelmsh.	2,6%	4,2%	7,5%	7,6%
Brasselsberg	2,4%	3,3%	6,2%	2,6%
Jungfernkopf	2,5%	2,3%	6,2%	3,4%

Für die Stadt Offenbach sollen die Ergebnisse der LINKEN. Offenbach bei der Bürgermeisterwahl im September 2023 geprüft werden.



Statistische Bezirke Offenbach, Quelle: Statistik Offenbach

2019

Stat. Bez.	Einwohner	Bedarfs-gemein-schaften insgesamt	Personen insgesamt	% aller Leistungs-bezieher	Anteil an den Einwohnern in %
11	4 825	339	781	4,9	16,2
12	8 220	592	1 308	8,2	15,9
13	10 803	713	1 600	10,0	14,8
14	3 922	120	263	1,6	6,7
15	11 529	509	1 140	7,1	9,9
16	8 707	629	1 318	8,3	15,1
21	5 613	306	719	4,5	12,8
22	13 272	779	1 825	11,4	13,8
23	9 067	497	1 048	6,6	11,6
24	7 115	323	706	4,4	9,9
25	9 352	411	915	5,7	9,8
26	2 916	144	299	1,9	10,3
31	4 520	274	539	3,4	11,9
32	5 073	179	402	2,5	7,9
33	15 996	720	1 658	10,4	10,4
41	2 490	105	203	1,3	8,2
42	850	26	63	0,4	7,4
43	10 250	465	979	6,1	9,6
44	5 329	95	182	1,1	3,4
Gesamt	139 849	7 226	15 948	100,0	11,4

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistik und Wahlen

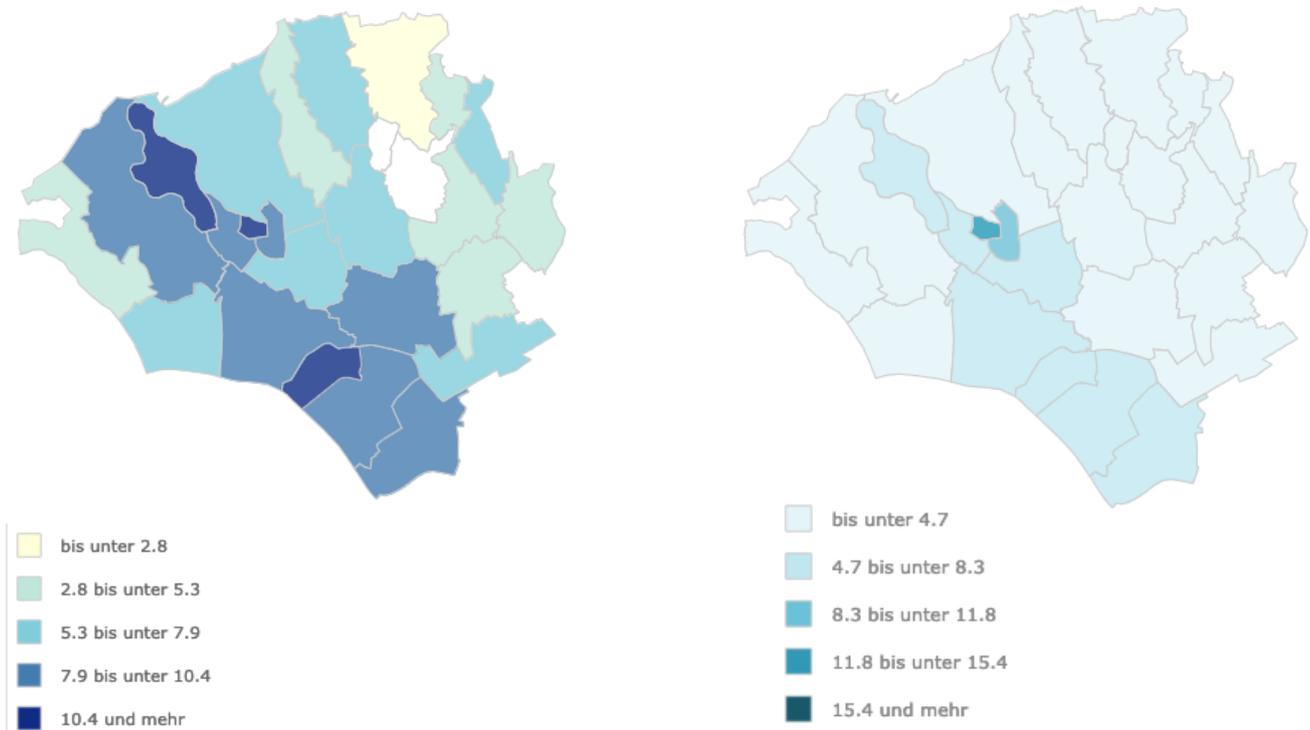
Quelle: Statistisches Jahrbuch Offenbach 2018/2019, online: <https://gleft.de/5o7>

Für die drei statistischen Bezirke mit der höchsten und niedrigsten Arbeitslosenquote werden die LINKE-Wahlergebnisse (G. Erinç-Çiftçi) bei der Offenbacher OB-Wahl 2023 aufgelistet. Es zeigt sich, dass DIE LINKE auch hier deutlich stärker in den Stadtteilen mit hoher Arbeitslosenquote gewählt wird, wobei es mit Kaiserlei auch einen Stadtteil mit vergleichsweise niedrigerer Arbeitslosenquote gibt, in dem DIE LINKE mit 17,3% ein sehr starkes Ergebnis erzielt hat.

Stat. Nummer	Bezirk	Statist. Bezirk	Arbeitslosen- quote	%- LINKE OB-Wahl 2023
11		Hochschule für Gestaltung	16,2%	16,0%
12		Wilhelmschule	15,9%	18,9%
16		Mathildenschule	15,1%	16,4%
44		Rumpenheim	3,4%	3,5%
14		Kaiserlei	6,7%	17,3%
42		Waldheim	7,4%	2,1%

Quelle: Wahlergebnisse, Stadt Offenbach, online: <https://gleft.de/5o8>

Für die Stadt Wiesbaden sollen die Ergebnisse der LINKEN.Wiesbaden bei der Bundestagswahl 2021 verglichen werden. Das Muster aus den Karten ergibt eine Tendenz, aber kein ganz klares Muster:



Arbeitslosenquote
Quelle: Wiesbadener Stadtteilprofile,
online: <https://gleft.de/5o9>

%-LINKE, Zweitstimme BT-Wahl 2021
Quelle: Wahlatlas Wiesbaden,
online: <https://gleft.de/5oa>

Stadtteil	Arbeitslosen- quote	%- LINKE BT-Wahl 2021
Klarenthal	12,9%	5,2%
Westend / Bleichstraße	11,9%	12,3%
Amöneburg	11,3%	5,4%
Naurod	2,7%	2,1%
Breckenheim	2,8%	1,4%
Sonnenberg	3,5%	2,4%

In Wiesbaden zeichnet sich ein gemischtes Bild. Der LINKE-Wähleranteil ist z.B. in Westend/Bleichstr. noch recht hoch, hier waren es bei der Bundestagswahl 2017 jedoch 18,9%. In der Wahlauswertung der Stadt Wiesbaden ist zu den LINKE-Hochburgen in der Stadt nachzulesen:

„In der Einwohnerschaft der LINKEN-Hochburgen ist die Gruppe der 18- bis 35-Jährigen stark vertreten, während Bürger/-innen im Alter von über 64 Jahren seltener hier leben. Der Anteil an ausländischer Bevölkerung wie auch an Neubürger/-innen

ist vergleichsweise hoch. Darüber hinaus sind geringe Anteile an selbst genutztem Wohneigentum sowie ein niedriger Motorisierungsgrad charakteristisch. Wahlbeteiligung leicht unterdurchschnittlich Trotz einer leichten Steigerung um 1,3 Prozentpunkte liegt die Wahlbeteiligung in den Hochburgen der LINKEN nach wie vor leicht unter dem stadtweiten Durchschnitt Eine Ursache für das schwächere Abschneiden der LINKEN auf Stadtebene liegt in den deutlichen Verlusten, die die Partei in ihren eigenen Hochburgen hinzunehmen hatte. Erzielte sie 2017 noch fast 20 %, liegt sie hier nach der aktuellen Wahl nur mehr bei 12,8 %. Das gleichzeitige Erstarken der GRÜNEN in den LINKEN-Hochburgen kann wiederum als Hinweis auf entsprechende Wählerwanderungen interpretiert werden.¹³

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung in den LINKE-Hochburgen:

**Vorläufiges Ergebnis der Bundestagswahl 2021
in den Hochburgen der LINKEN**

	2021	Veränderung zu 2017	Zum Vergleich: Gesamtstadt
	%	%-Punkte	%
Wahlbeteiligung	69,9	+ 1,3	73,0
Stimmenanteile für ...			
CDU	9,3	- 8,7	21,1
SPD	22,4	+ 2,0	24,9
AfD	6,2	- 2,2	7,1
FDP	10,2	+ 1,3	14,0
GRÜNE	28,6	+ 10,3	19,9
DIE LINKE	12,8	- 7,1	5,3

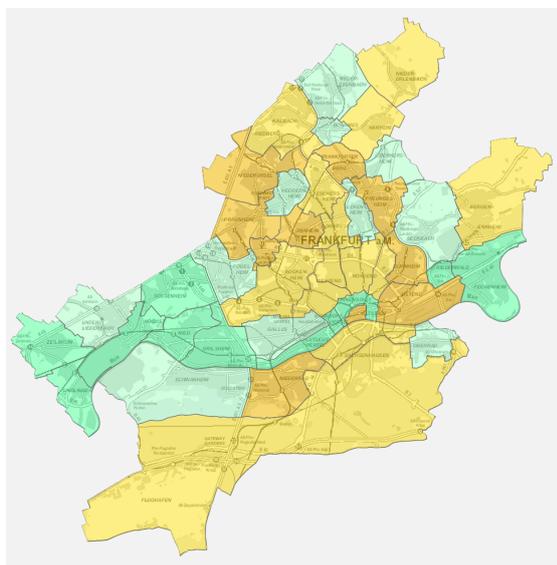
Amt für Statistik und Stadtforschung

Quelle: Wahlauswertung Wiesbaden Bundestagswahl 2021, S.35, online: <https://gleft.de/5ob>

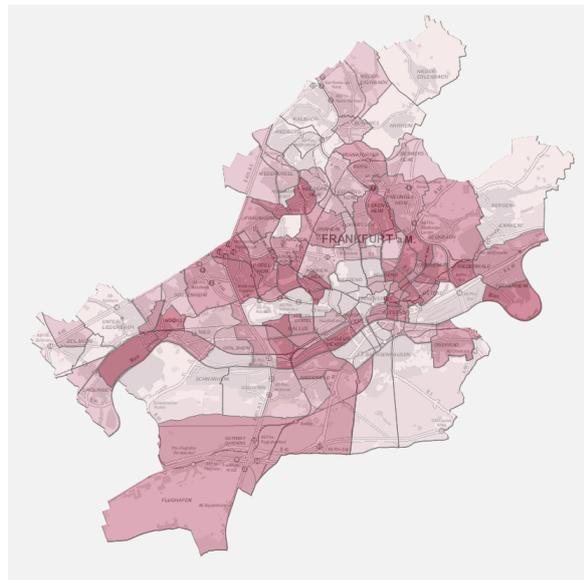
Auffällig ist, dass die AfD in den Wiesbadener LINKE-Hochburgen bei der Bundestagswahl 2021 verloren hat. Die Wählerwanderung fand in eine andere Richtung statt: zu den Grünen und zur SPD.

¹³ Wahlauswertung Wiesbaden Bundestagswahl 2021, S.34, online: <https://gleft.de/5ob>

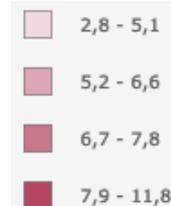
Für die Stadt Frankfurt sollen die Ergebnisse der LINKEN. Frankfurt zur Europawahl 2019¹⁴ untersucht werden. Das Muster, dass sich nach einem Blick auf die Karten ergibt, zeigt, dass die LINKE tendenziell dort stärker ist, wo eine höhere Arbeitslosenquote ist.



Arbeitslosequote 2019

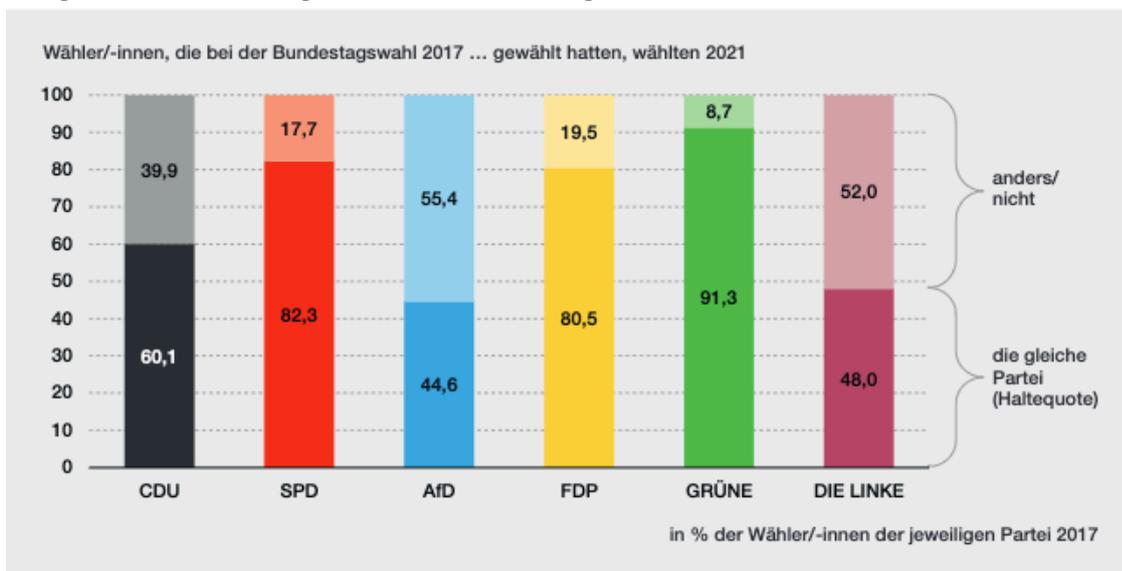


%-LINKE,
Europawahl 2019



Quelle: Frankfurt Strukturdatenatlas / Wahlatlas, online:
<https://gleft.de/5oc> bzw. <https://gleft.de/5od>

Für die Bundestagswahl 2021 hatte DIE LINKE in Frankfurt eine Haltequote von lediglich 48% im Vergleich zur Bundestagswahl 2017.



Quelle: Wahlauswertung Bundestagswahl 2021 Frankfurt, S. 21, online: <https://gleft.de/5oe>

¹⁴ aktuelleres Kartenmaterial für Wahlergebnisse liegt leider nicht vor

Interessant dabei ist zudem, die für Frankfurt errechnete Wählerwanderung:

von (2017 gewählt)	zu (2021 gewählt)									
	CDU	SPD	AfD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE	Volt	Sonstige	Nichtwähler/-innen	insgesamt
	in % der Zweitstimmen von 2017									
CDU	60,1	8,2	1,1	2,8	14,1	1,1	0,7	1,3	10,6	100,0
SPD	1,3	82,3	1,1	1,7	1,4	1,1	x	2,5	8,5	100,0
AfD	2,6	12,3	44,6	2,6	x	x	x	26,0	11,9	100,0
FDP	2,7	2,0	x	80,5	11,2	1,1	1,3	x	1,1	100,0
GRÜNE	1,3	1,7	x	2,0	91,3	1,3	1,3	x	1,1	100,0
DIE LINKE	1,6	9,9	x	4,3	24,0	48,0	1,6	4,0	6,7	100,0
Sonstige	x	11,6	5,0	6,6	5,0	x	4,1	57,9	9,9	100,0
Nichtwähler/-innen	2,1	2,1	1,0	3,3	8,0	1,2	0,6	1,3	80,4	100,0

Quelle: Wahlauswertung Bundestagswahl 2021 Frankfurt, S. 21, online: <https://gleft.de/5oe>

In Frankfurt wählten also 48% der LINKE-Wählenden der Bundestagswahl 2017 auch 2021 wieder DIE LINKE („Haltequote“); 24% von ihnen, also etwa jeder vierte, wechselte zu den Grünen, weitere 9,9% zur SPD. Damit wurde mehr als jeder dritte LINKE-Wählende der Bundestagswahl 2017 an SPD oder Grüne verloren. Mit der AfD hingegen gab es keinen Austausch (bzw. ist der Wert so gering, dass er auf Null gerundet wird).

Auch nach einem vertieften, wenn auch nur exemplarischen Blick in die Städte in Hessen lässt sich also die These, dass DIE LINKE in Stadtteilen mit hohen Armutsindikatoren nur noch unterdurchschnittlich gewählt würde, nicht bestätigen.

Die ausgewiesenen Wählerwanderungen in den Städten deuten jedoch ganz klar darauf hin, dass ein relevanter Teil der LINKEN-Wählerschaft bei der Bundestagswahl 2021 zu SPD und Grünen gewechselt ist.

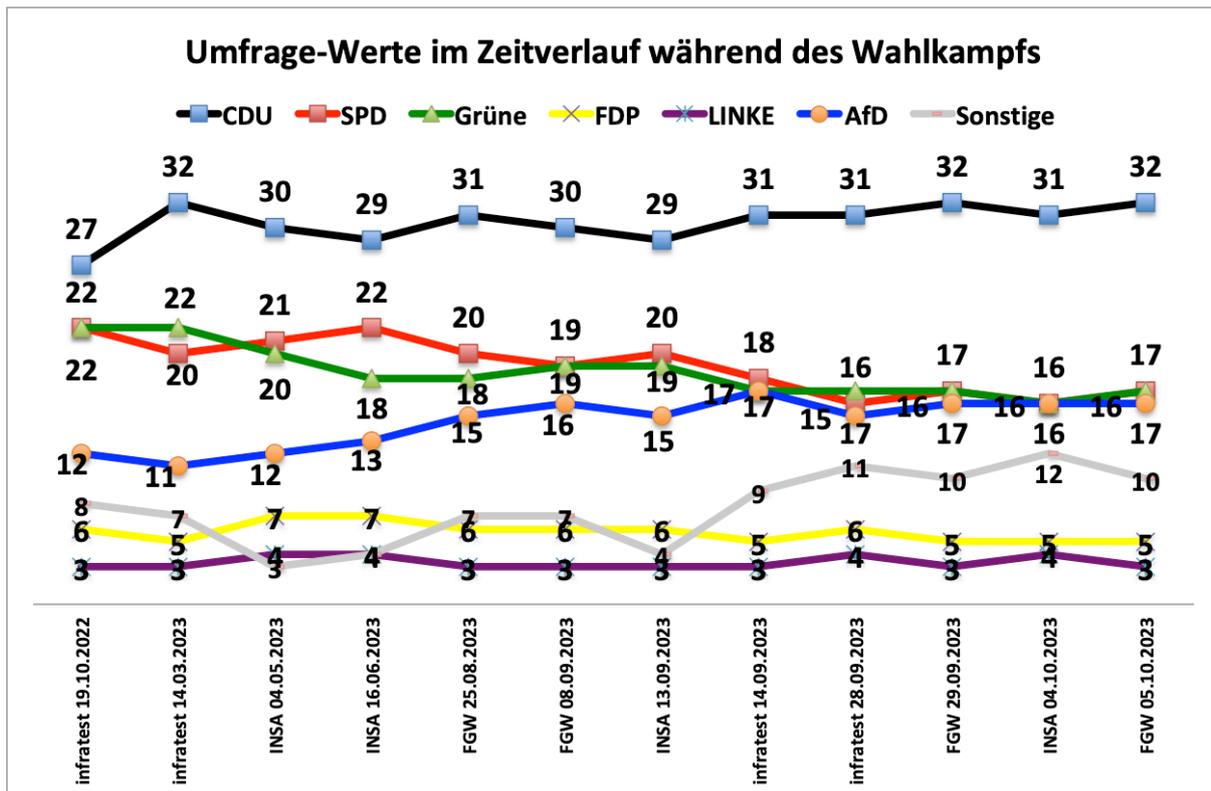
Wahlkampf

Der hessische Landtagswahlkampf hatte insgesamt wenig eigene Landesthemen und war geprägt von der Bundespolitik. Während des Wahlkampfes wurde die Bildungspolitik als wichtiges Thema in den Umfragen gemessen, insbesondere in den letzten zwei Wochen schob sich aber die Bundesdebatte zur Asylpolitik als prägendes Thema darüber. War ein Jahr vor der Wahl noch ein spannender Dreikampf um die Wiesbadener Staatskanzlei zu erwarten, stand in den letzten Wochen fest, dass es hinsichtlich der Regierungsbildung nur darum gehen würde, ob die SPD oder die Grünen der Juniorpartner für die CDU würde. Beobachter sahen einen „Schlafwagen“-Wahlkampf, in dem CDU, SPD und Grüne den Grad der politischen Zuspitzung schon sehr genau daran auszurichten schienen, dass man sich nach der Wahl in Wiesbaden unter Umständen brauchen würde.

Von der Debatte zur Asylpolitik konnte offensichtlich die AfD profitieren. Angesichts des sich aus Umfragen über den Wahlkampf ergebenden Bildes bezüglich der „wichtigsten Themen“ wäre es durchaus plausibel gewesen, mehr über die wirtschaftliche Situation, die Themen Klima und Energie, sowie Bildungsgerechtigkeit zu debattieren. Hier muss sich die demokratische Öffentlichkeit kritisch selbst befragen, ob und inwieweit der mediale Debattenfokus nicht erst die Meinungsverschiebungen selbst produziert, die dann beklagt und als sich selbst verstärkender Effekt „aufgegriffen“ werden.

Nachdem wir Anfang des Jahres in Berlin erlebten, wie Ereignisse um die Silvesternacht (Abfrage nach Vornamen der Täter durch die CDU) und die Frage nach einer autofreien Friedrichstraße im Zentrum und wenig später in Bremen die Debatte um die „Brötchentaste“ den Wahlkampf prägten, haben wir nun in Hessen (und Bayern) erlebt, wie die Union aus der Regierung heraus Wahlkampf für Hessen (bzw. Bayern) als „ampelfreie Zone“ macht.

Für diese Phänomene gilt, was dazu bereits Wahlnachtbericht zur Bremenwahl festgehalten wurde: *„Angesichts der tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformationsnotwendigkeiten ist das ein bemerkenswertes Zeugnis für die politischen Akteure in ihrer Gesamtheit wie auch der Medienlandschaft. Denn es verdeutlicht, dass es offenbar keinem politischen Akteur gelungen ist, die bestehenden Krisen und damit verbundene politische Konflikte so zuzuspitzen, dass die Debatte hinsichtlich der möglichen Entwicklungspfade offen geführt würde.“*



Quelle: eigene Darstellung, Daten: wahlrecht.de, online: <https://gleft.de/5nV>

Betrachtet man die Umfragen im Zeitverlauf, so fällt auf, dass die CDU, SPD und Grüne im Herbst 2022 noch in „Schlagdistanz“ zueinander waren. DIE LINKE blieb in allen Umfragen unter 5%.

Die laut Umfragen wichtigsten Probleme in Hessen während des Wahlkampfes

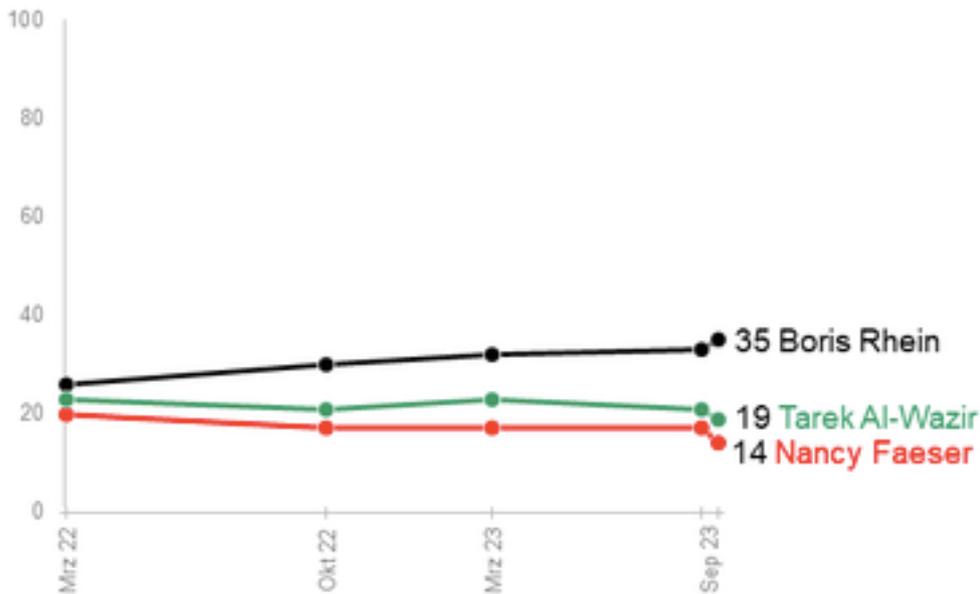
Bildung / Schule / Ausbildung	+8	33
Zuwanderung / Flucht	+3	25
Mobilität / Verkehr	-3	18
Umweltschutz / Klimawandel	-2	16
Wohnen / Mieten	-3	11
Energiepolitik / Energiewende	-3	7
Soziale Ungerechtigkeit / Armut / Bürgergeld	-2	7
Wirtschaft	+4	7
Gesundheitswesen / medizinische Versorgung / Pflege	±0	6
Familienpolitik / Kinderbetreuung	±0	5
Politik, Verwaltung: Abgehobenheit / Politikverdrossenheit	-1	5
Arbeitslosigkeit / Arbeitsmarkt	±0	5

Welches ist Ihrer Meinung nach das wichtigste politische Problem in Hessen, das vordringlich gelöst werden muss? Und welches ist das zweitwichtigste?

Quelle: infratest-dimap, HessenTrend 14.September 2023, Vergleich März 2023, online: <https://gleft.de/5nB>

Im Rennen um den Ministerpräsidentenposten konnte Faeser, obwohl wegen ihres Ministerpostens im Bundeskabinett die bekannteste Politikerin im Feld, keinen Boden gut machen und verlor sogar im Wahlkampf-Schlusspurt deutlich an Zustimmung.

Zeitverlauf seit März 2022



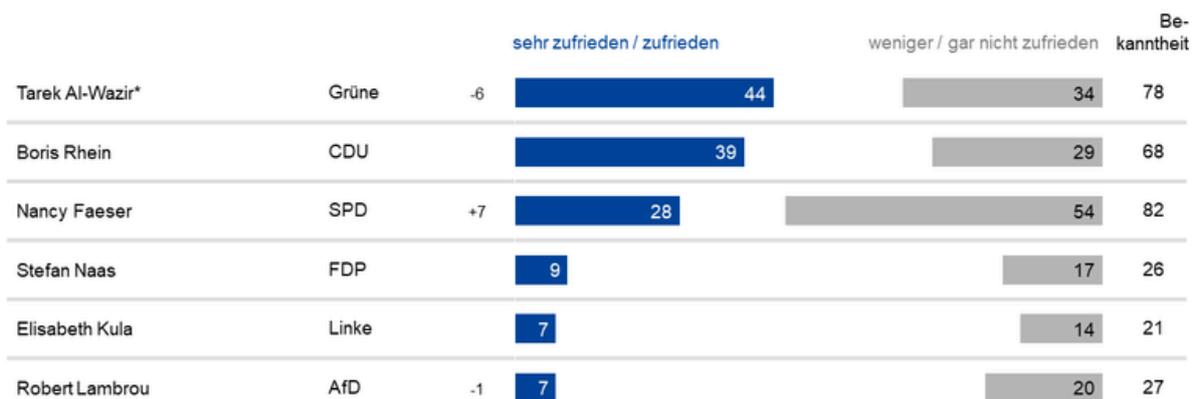
Quelle: infratest-dimap, HessenTrend 23.9.2023, online: <https://gleft.de/5nC>

Bei dem Blick auf die Politikerzufriedenheit mit Stand Mitte April wird deutlich, dass DIE LINKE mit ihren beiden Spitzenkandidaten Elisabeth Kula und Jan Schalauske keine besonders starken „Zugpferde“ lieferten hinsichtlich der Bekanntheit und der gemessenen „Politikerzufriedenheit“ hatte. Dies war bei den letzten Landtagswahlen mit Janine Wissler noch anders gewesen.



Quelle: infratest dimap, Tagesschau, online: <https://gleft.de/5nD>

Die relativ starken Werte von Janine Wissler konnte Elisabeth Kula nicht aufweisen. Sie war die am wenigsten bekannte Spitzenkandidatin, lediglich 7% der Befragten waren mit der Arbeit von ihr zufrieden (für Schalauske werden keine Werte erhoben, da er auf Listenplatz 2 steht). Hierzu ist jedoch anzumerken, dass DIE LINKE. Hessen bewusst auf eine Themenkampagne und wenig auf Personalisierung gesetzt hat. So gab es kein Massenmaterial mit den Spitzenkandidaten und auch im Wahlspot werden die beiden nicht hervorgehoben. Auffällig bei Nancy Faeser ist, dass sie die bekannteste Spitzenkandidatin war, die aber gleichzeitig die mit Abstand höchste Unzufriedenheit mit ihrer Arbeit aufweist.



Quelle: infratest-dimap, HessenTrend 14.9.2023, online: <https://gleft.de/5nB>

Die **Wahlkampagne der LINKEN. Hessen** versuchte es mit einem eher klassischen Ansatz, die soziale Frage in den unterschiedlichen Themenbereichen unter der Perspektive einer gerechteren Verteilung zu adressieren. Zentraler Claim war „Macht Hessen gerecht“. Die Themenplakate konkretisierten diese Botschaft mit je unterschiedlichen thematischen Ausprägungen. Im Zentrum stand dabei bezahlbarer Wohnraum, ein entgeltfreier ÖPNV, gute (Ganztags-)Schulen und ein kostenloses Mittagessen für alle Schüler*innen, die ärztliche Versorgung insbesondere im ländlichen Raum mit öffentlichen oder gemeinnützigen medizinischen Versorgungszentren, sowie ein beschleunigter Ausbau von erneuerbaren Energien bei einem staatlich kontrollierten Strompreis und einem „bezahlbaren Grundverbrauch“ für alle, und einem deutlichen Widerspruch gegen Asylrechtsverschärfungen („Rote Karte gegen Rassismus“). Zur Finanzierung der Vorhaben schlug DIE LINKE. Hessen eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf Bundesebene vor, für die sie sich im Bundesrat einsetzen wollte und die als Ländersteuer, die lediglich auf Bundesebene geregelt ist, den Länderhaushalten zukommen würde.

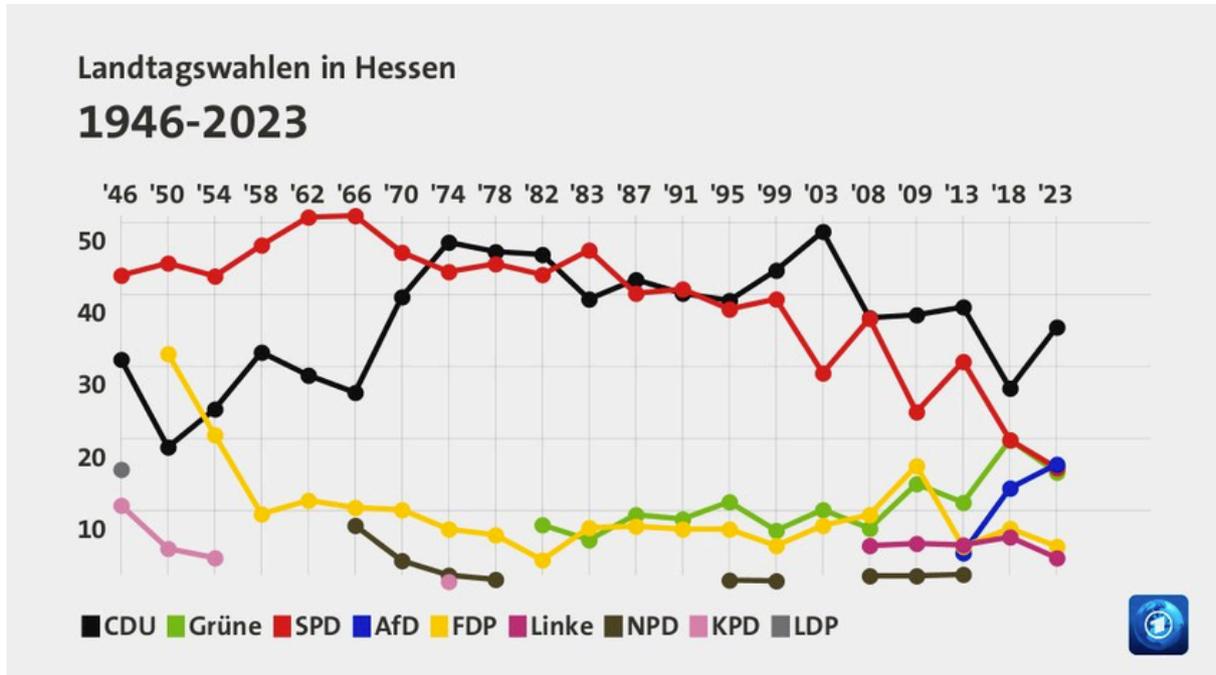


Die Themen-Plakatkampagne sah so aus:

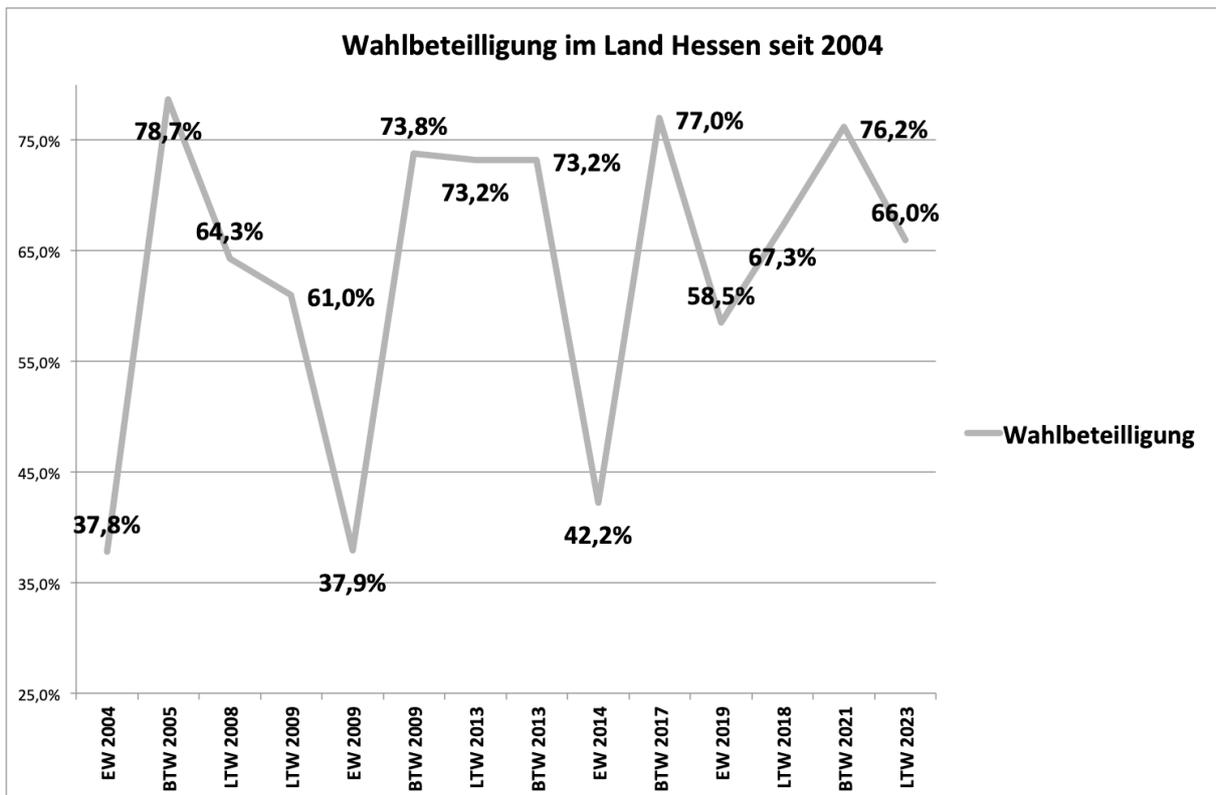


Quelle: DIE LINKE. Hessen, online: <https://gleft.de/5nE>

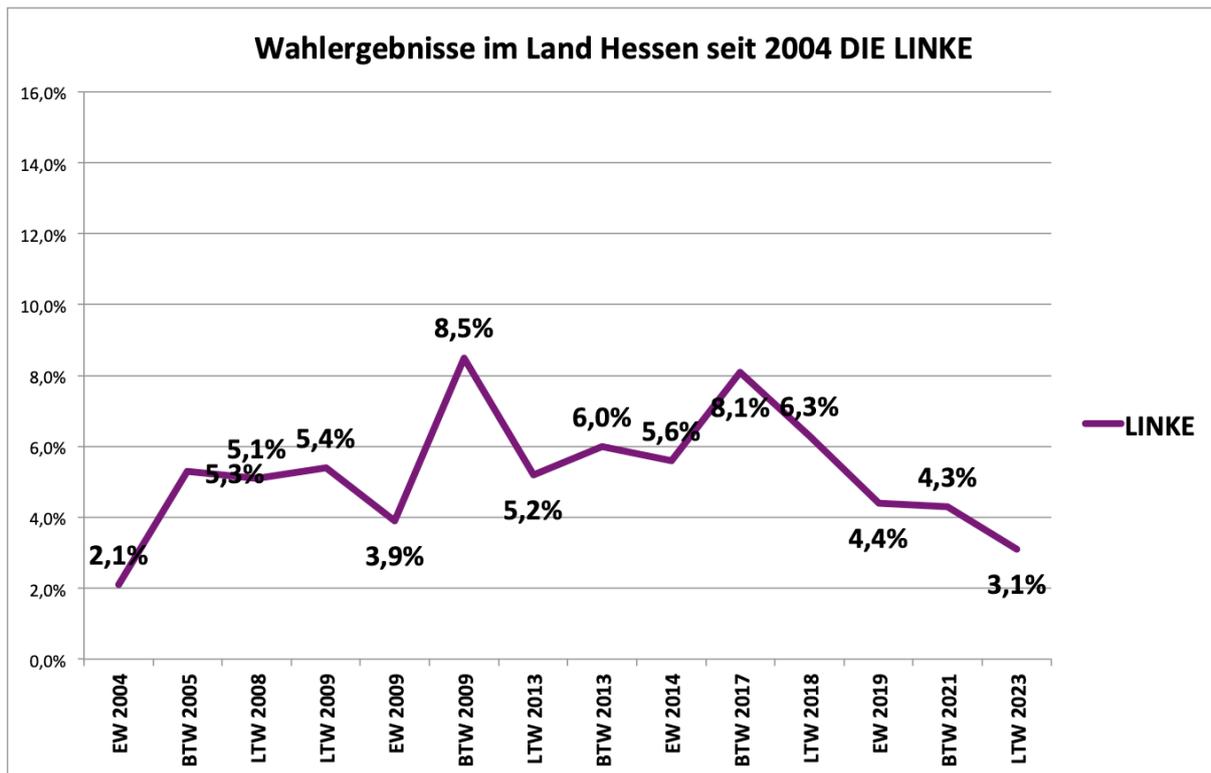
Lange Linien – Wahlergebnisse in Hessen bei früheren Landtagswahlen



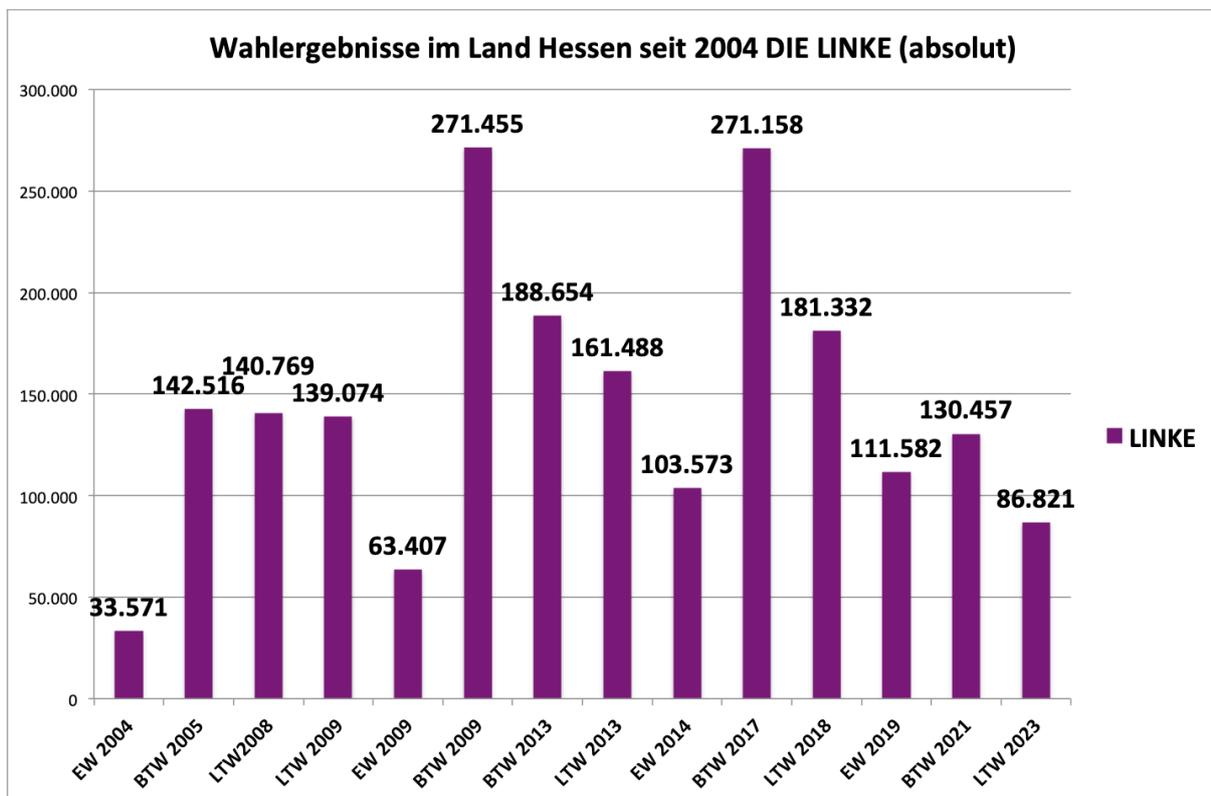
Quelle: infratest dimap/ARD, online hier: <https://gleft.de/5nX>



Quelle: eigene Grafik, Daten: Statistisches Landesamt Hessen, online:



Quelle: eigene Grafik, Daten: Statistisches Landesamt Hessen



Quelle: eigene Grafik, Daten: Statistisches Landesamt Hessen

Erkenntnisse aus Nachwahlbefragungen

Wahlentscheidung nach sozialen Merkmalen bei der Forschungsgruppe Wahlen

Wahlentscheidung nach Alter					
LINKE	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD
Unter 30					
7%	13%	21%	15%	9%	17%
30-44					
4%	13%	29%	16%	5%	20%
45-59					
2%	12%	35%	18%	5%	20%
Über 60					
3%	20%	43%	14%	4%	12%

Quelle: Eigene Grafik, Daten: Forschungsgruppe Wahlen/ZDF, online: <https://gleift.de/5o1>

Wahlentscheidung nach Berufsgruppe					
LINKE	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD
Arbeiter					
3%	15%	33%	7%	3%	27%
Angestellte					
4%	15%	34%	18%	5%	15%
Beamte					
3%	19%	37%	20%	6%	8%
Selbstständige					
3%	10%	39%	19%	9%	14%

Quelle: Eigene Grafik, Daten: Forschungsgruppe Wahlen/ZDF, online: <https://gleift.de/5o1>

Wahlentscheidung nach Bildung					
LINKE	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD
Hauptschulabschluss					
2%	19%	39%	5%	3%	26%
Mittlere Reife					
3%	14%	38%	8%	4%	25%
Abitur					
4%	13%	32%	18%	6%	14%
Hochschulabschluss					
5%	14%	31%	26%	7%	9%

Quelle: Eigene Grafik, Daten: Forschungsgruppe Wahlen/ZDF, online: <https://gleift.de/5o1>

Wahlentscheidung nach sozialen Merkmalen bei infratest dimap

Wahlentscheidung nach Alter					
LINKE	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD
18-24					
8% (-2)	12% (-3)	20% (+3)	14% (-12)	9% (-1)	18% (+8)
25-34					
5% (-4)	11% (-4)	23% (+3)	17% (-5)	6% (-2)	20% (+7)
35-44					
3% (-3)	12% (-3)	29% (+5)	15% (-7)	5% (-3)	24% (+9)
45-59					
2% (-4)	13% (-5)	34% (+9)	17% (-6)	5% (-3)	22% (+7)
60-69					
3% (-4)	17% (-8)	36% (+7)	16% (-1)	4% (-2)	18% (+5)
70 und älter					
2% (-1)	21% (-7)	49% (+7)	11% (+1)	5% (-2)	9% (+-0)

Quelle: Eigene Grafik, Daten: infratest dimap/ARD, online: <https://gleft.de/5o2>

Wahlentscheidung nach Berufsgruppe					
LINKE	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD
Arbeiter					
2% (-7)	15% (-7)	23% (+6)	5% (-6)	4% (-3)	40% (+16)
Angestellte					
3% (-3)	13% (-3)	30% (+5)	17% (-7)	5% (-3)	20% (+7)
Selbstständige					
3% (-3)	5% (-7)	40% (+15)	18% (-5)	8% (-7)	21% (+6)
Rentner					
2% (-3)	20% (-8)	46% (+9)	12% (+-0)	3% (-2)	13% (+3)

Quelle: Eigene Grafik, Daten: infratest dimap/ARD, online: <https://gleft.de/5o3>



Quelle: infratest dimap/ARD, online: <https://gleft.de/5nZ>

Zum Vergleich die Werte aus 2018 (das was 2018 an Kompetenzwerten hinzukam, wurde jetzt wieder verloren):



Quelle: infratest dimap/ARD, online: <https://gleft.de/5o6>

Landtagswahl Hessen 2023 Stimmanteile der Linken nach Wohndauer in Hessen

weniger als 10 Jahre	9	
10 bis 19 Jahre	5	
20 Jahre und länger	3	

Infratest dimap, in %



infratest dimap/ARD, online: <https://gleft.de/5nZ>

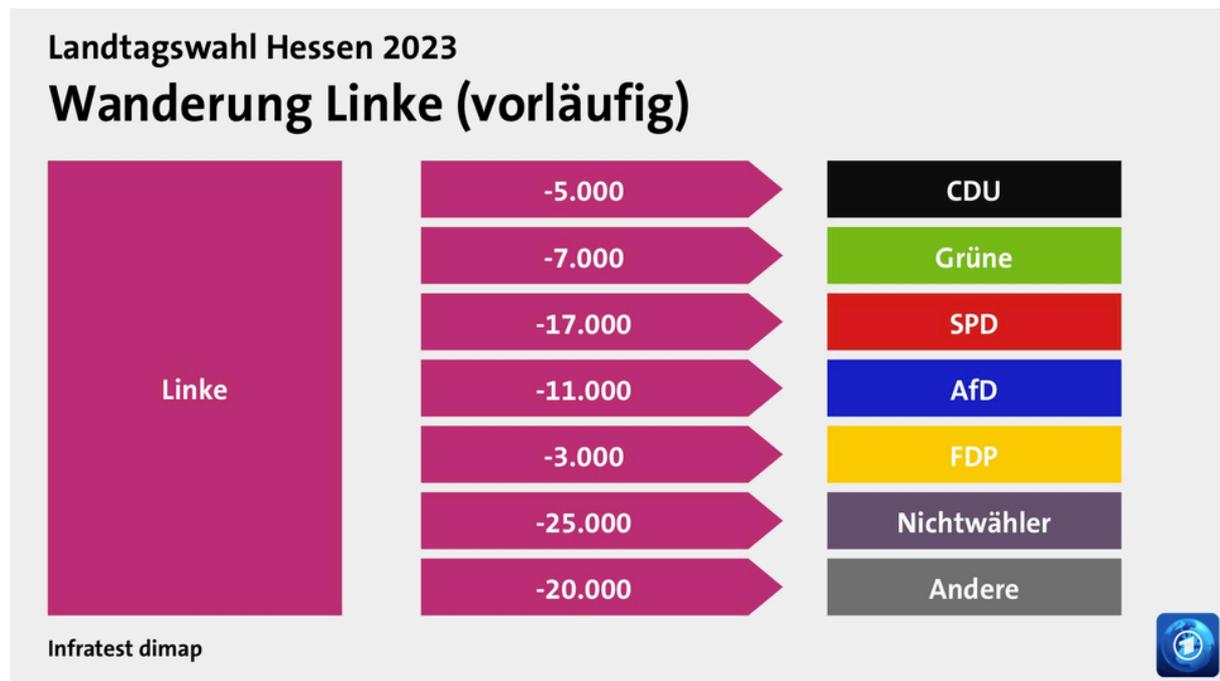
Landtagswahl Hessen 2023 Stimmanteile der Linken nach Gemeindegrößen

kleine Gemeinden	2	-3	
Kleinstädte	2	-3	
Mittelstädte	3	-2	
Großstädte	7	-4	

Infratest dimap, in %, Vgl. 2018



infratest dimap/ARD, online: <https://gleft.de/5nZ>



Quelle: infratest dimap/ARD, online: <https://gleft.de/5o0>